

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft,



Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Postbestellung 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,70 Mark im Monat. Einzelnummern 16 Pfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprechnummer 10111.

Angabenpreis: die 8-spaltige Zeile 20 Goldpfennig, die 2-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamezeile im zeitlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die 3-spaltige Reklamezeile im zeitlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Die 3-spaltige Reklamezeile im zeitlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig.

Nr. 129 - 83. Jahrgang.

Verl.-Abt.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Vollst.: Dresden 2640

Mittwoch den 4. Juni 1924

Das Attentat auf Dr. Seipel.

Der Hergang des Mordanschlages.

Nach 7 Uhr abends traf Dr. Seipel auf dem Wiener Südbahnhof ein. Seine Ankunft, die in breiten Kreisen nicht bekannt war, erregte wenig Aufsehen und wurde kaum beachtet. Dr. Seipel verweilte auf dem Bahnsteig noch einige Minuten und sprach dort mit dem Bahnhofsvorstand sowie mit einem Polizeikommissar. Plötzlich sprang ein Mann aus dem Publikum hervor und man hörte das Krachen von drei Schüssen. Dr. Seipel wandte sich an die neben ihm stehenden Herren mit der Frage: „Hat es nicht soeben geschossen? Ist vielleicht jemand von Ihnen getroffen worden? Ich fürchte nichts.“ Er ging dann schnell mit den beiden anderen Herren weiter, erleichterte jedoch plötzlich, sank zusammen und verlor das Bewußtsein. Man fing den Ohnmächtigen auf und trug ihn in den Inspektionszimmer des Bahnhofes, wo ein Münchener Arzt, der sich zufällig im Zuge befinden hatte, dem Bundeskanzler die erste Hilfe angedeihen ließ. Der Attentäter hatte den dritten Schuß gegen sich abgefeuert und war blutüberströmt zusammengefallen. Als man dem Bundeskanzler im Bahnhofszimmer Binde und Weste auszog, bot sich ein schrecklicher Anblick. Das Hemd war auf der rechten Seite mit Blut durchtränkt und aus einer Wunde unmittelbar neben der rechten Brust drang ebenfalls Blut. Auf der linken Brustseite, zwei Finger unterhalb des Schlüsselbeins, zeigte sich ein blutunterlaufener Fleck, der von einem Streifschuss herrührte. Der Spezial war Dr. Seipel die ganze Zeit über bei vollem Bewußtsein. Eine vorgenommene Untersuchung, konnte die Angel, welche die Wunde durchschlugen hat, nicht zutage fördern. Die Besorgnis um das Leben des Verwundeten ist um so größer, als er seit einigen Jahren an Zuckerkrankheit leidet.



Dr. Seipel.

Der Attentäter

Jaworek, der Mörder, gab, als seine Vernehmung möglich wurde, an, daß er allein nach Wien gekommen sei und ihm ein Beamter des Südbahnhofes gesagt habe, daß er Dr. Seipel erschießen solle. Auf die Frage, wer dieser Auftraggeber gewesen sei, antwortete er nur: „Ich bin beauftragt.“ Er habe nie Waffen getragen und sich nur zur Ausführung der Tat einen Trommelrevolver und zum äußersten Notfall den Dolch zugelegt. Im übrigen siehe alles in einem Briefe an seine Frau. Bei der Leibbesichtigung des Mörders wurde ein Dolch zutage gefördert, sowie mehrere Photographien, die Jawornik in österreichischer Marinemanniform darstellten.

Später fand man auch den Brief an seine Frau. Er enthält das Geständnis, daß er in einer Fabrik eine Verletzung begangen hätte. Infolgedessen habe er sich entschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Wenn er aber aus dem Leben gehe, so wolle er noch eine zweite Person, und zwar den, dem die Arbeiter ihr Elend verdanken, mitschmeißen.

Aber die Vorgänge auf dem Wiener Südbahnhof melden die Blätter noch, daß, nachdem der Täter verhaftet war, und das Volk sich auf ihn stürzte, Dr. Seipel mit beiden Händen abgewehrt und gerufen habe: „Nicht schlagen!“ Bei Jawornik wurden nach einer Angabe außer den Waffen noch ein Lauffeuer und eine Mitgliedskarte der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Ottensheim, vorgefunden.

Ministerrat und Rundgebungen.

Bundeskanzler Frank, welcher auf einige Tage zur Erholung Wien verlassen hatte, wurde sogleich von dem Vorgesessenen verständigt; er traf abends in Wien ein. — Um 11 Uhr abends fand ein Ministerrat statt, in dem, wie verlautet, eine Rundgebung an die Bevölkerung und auch über die Einberufung des Parlamentes beschlossen worden ist. Vom deutschen Reichspräsidenten Ebert traf eine Depesche ein, in der er, tieferschüttert durch den tragischen Anschlag, dem österreichischen Brudervolk die herzlichste Teilnahme ausspricht und auf baldige Wiederherstellung des von ihm hochgeschätzten Bundeskanzlers hofft. Der deutsche Gesandte Dr. Pfeiffer verbrachte fast die ganze Nacht neben den sonst erschienenen öffentlichen Persönlichkeiten in der Nähe des Leidenden.

Ministerpräsident Helldt an Deutschösterreich.

Dresden, 2. Juni. Ministerpräsident Helldt hat an das Bundeskanzleramt in Wien nachstehendes Telegramm gerichtet: „Tief erschüttert von der Nachricht über das auf Bundeskanzler Dr. Seipel verübte Attentat spricht die Sächsischen Regierung Ihren Abscheu über das schandwüchtige Verbrechen und ihre warmste Anteilnahme für das Ergehen des obersten Beamten des österreichischen Staates aus. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das wertvolle Leben des Kanzlers dem Staate erhalten bleiben und er zum Wohle des Brudervolkes in seiner Gesundheit bald wieder hergestellt sein möge.“

Fortsetzung der französischen Erdrosselungs-Politik.

Erneute Verlängerung der Micum-Verträge.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Genf, 3. Juni. Wie das „Echo de Paris“ aus Lyon meldet, hat Herriot in seiner Donnerstagsrede in der Konner Handelskammer auch die Notwendigkeit betont, daß die am 15. Juni ablaufenden Micumverträge vorläufig und so lange verlängert werden müssen, bis die allgemeine Reparationsregelung erfolgt ist. — Dem „Matin“ zufolge hat die französische Regie bereits am 25. Mai die Verlängerung der Micumlieferungen bis vorläufig 15. August beschlossen.

Die Deutschnationalen zur Regierungsbildung

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 3. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt im Anschluß an die Besprechung des Reichskanzlers Marx mit den Abgeordneten Herzt, Westarp und Schiele eine Sitzung ab, die bis gegen 10 Uhr abends andauerte. Die Fraktion erklärte sich mit den Verhandlungen, die ihre Unterhändler mit dem Reichskanzler geführt haben, einverstanden und beauftragte sie, diese Verhandlungen fortzuführen. Die Unterhändler haben zwar völlig freie Hand in den Verhandlungen. Sie sind aber selbstverständlich an den in mehrfachen Beschlüssen formulierten Standpunkt der Fraktion gebunden und haben auch nicht das Recht, ein endgültiges Übereinkommen selbst zu treffen. Im Laufe der Sitzung war das im Reichstag verbreitete Gerücht von einer befristeten ultimativen Anfrage der Mittelparteien an die Deutschnationalen auch der Fraktion bekannt. Sie zog an zuständiger Stelle Erklärungen ein und erhielt die Auskunft, daß die Mitteilung in dieser Form nicht richtig sei. Der Reichskanzler erwarte im Gegenteil, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden und hofft, in erneuten Besprechungen im Laufe des heutigen Vormittags bis 11 Uhr noch eine Einigung über einige Punkte seiner Kanzlerrede erzielen zu können, mit deren Ausarbeitung er gegenwärtig beschäftigt ist.

Dr. Stresemann verzichtet.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 3. Juni. Dr. Stresemann hat, wie die „Welt-Rundschau“ erzählt, an den noch immer mit der Bildung eines Kabinetts betrauten Dr. Marx einen Brief gerichtet, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er mit seiner Person einer eventuellen

Montag nachmittag wurde das Befinden des Bundeskanzlers als sehr günstig bezeichnet. Es ist keine Komplikation eingetreten. Die Ärzte hoffen das Beste. Eine Operation ist nicht notwendig.

Du mein Österreich!

Von einem guten Kenner der österreichischen Verhältnisse wird geschrieben:

Das Attentat auf Seipel, Österreichs Ministerpräsidenten, wirkt fast mehr erschreckend als überraschend. Denn in jenem schönen Land zwischen Donau und Alpen sind die politischen Verhältnisse seit dem Sturz der habsburgischen Monarchie viel härmlicher noch als im Deutschen Reich. Der Ausgang des Krieges und die sich daran anschließende Umwälzung führte dort nicht allein zur Zerschmetterung der Monarchie, zur Verhüllung großer, ganz von Deutschen bewohnter Gebiete, sondern machte Österreich selbst zu einem kleinen, nur von sechs Millionen bewohnten Staat. Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Bauer, ist nicht das, was man bei uns Mehrheitssozialist nennt, sondern er und seine Partei sind weit radikaler, sind etwa von der Art unserer früheren Unabhängigen Sozialisten, heftige Theoretiker, deren Regiment mit den politischen und wirtschaftlichen Wirklichkeiten überaus zusammenprallte. Die Zustände überdeckte mit ihrem Papierschleier die Entwicklung, die schließlich zur Hungerkatastrophe führte, einer Hungerkatastrophe übrigens, die viel schlimmer war als bei uns, weil Wien mit seiner für den kleinen Staat unnatürlich gehobenen Größe den Gegensatz zwischen Stadt und Land weit schärfer auskostete mußte.

Die Hilfe durch die Völkerbundanleihe, erlangt durch die Hingabe der Souveränität des Staates an den Völkerbundkommissar Dr. Zimmermann, brachte eine vorläufige Sanierung, und diese erfolgte — im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie — unter der Führung der Christlich-Sozialen, also in der Hauptstadt Dr. Seipels. Sanierung heißt aber immer Krise, Krise schwerster Art, wie auch wir sie ja jetzt zur Stunde erleben. Zu Hunderttausenden zählten die Arbeitslosen, die von dieser Gesundheitskrise auf die Straße geschleudert wurden, und nur langsam, ganz langsam wurde es besser. Allzu langsam für viele, die unter dieser Not sterben zu haben hatten.

Das traditionelle turbulente politische Leben hat ein übriges, und als nun im Spätherbst vergangenen Jahres die Neuwahlen zum Parlament stattfanden, da wurde ein

Verständigung mit den Deutschnationalen nicht im Wege stehen will.

Zahlungsschwierigkeiten in Wien.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Wien, 3. Juni. Die Lombard- und Escombank hat ihre Schalter geschlossen, da sie in Schwierigkeiten geraten ist.

Russische Millionenforderung.

Moskau, 3. Juni. Der große Sowjet hat einstimmig nach dem Referat Krassin beschlossen, für die der Handelsvertretung in Berlin durch die deutschen Maßnahmen zugefügten Schädigungen eine Schadenersatzforderung in Höhe von 20 Millionen Goldrubel zu stellen.

Kriegsgefahr in Albanien.

Rom, 3. Juni. Ein außerordentlicher Ministerrat beschloß Sonnabend abend die Intervention in Albanien. Vier italienische Kriegsschiffe sind aus Brindisi nach Durazzo ausgelaufen.

Rücktritt der albanischen Regierung.

Rom, 3. Juni. Die albanische Regierung ist zurückgetreten. Der bisherige Außenminister versucht ein neues Kabinett zu bilden. Die Ausländischen stehen vor Tirana.

Englisch-italienisches Flottenabkommen?

London, 3. Juni. Macdonald hat die italienischen Journalisten empfangen und ihnen erklärt, daß man von englischer Seite bereit sei, ein englisch-italienisches Flottenabkommen für das Mittelmeer in Erwägung zu ziehen, während England dagegen eine Neutralisierung des Mittelmeeres ablehnen müsse.

Italienische Truppenlandung auf Rhodos

Paris, 3. Juni. Aus Konstantinopel wird dem Matin mitgeteilt, daß am Sonnabend italienische Truppenabteilungen auf der Insel Rhodos gelandet worden sind. Die italienische Regierung hat zuvor eine scharfe Note an die türkische Regierung gerichtet und darin die Wiedereröffnung der italienischen Schulen in der Türkei gefordert.

Japanische Flottenverstärkung.

Tokio, 3. Juni. Infolge des amerikanischen Flottenbauprogramms, durch das der Rüstestandards zwischen der amerikanischen und japanischen Flotte auf 4 zu 3 festgelegt wurde, hat die japanische Regierung im Reichstag eine Neubauvorlage für 20 Einheiten eingebracht, wodurch das Stärkverhältnis der japanischen zur amerikanischen Flotte 4 zu 4 bleibt.

Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit geführt, bei dem die Parole hieß: Für oder gegen Seipel. Er stand absolut im Mittelpunkt der Debatten, die häufig genug mit Knüttel und Revolver geführt wurden. Die Sozialdemokratie kämpfte um die Erhaltung der Reste von Macht und Einfluß. Seipel erklärte, daß Österreich vor allem oder nur die eine Pflicht habe, im Rahmen des Sanierungsprogramms zu arbeiten ohne jede Rücksicht auf Revolutions- oder sonstige Wünsche. Und er sagte damit. Seine Partei wurde die stärkste, die Sozialdemokratie zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Seipel bildete einen „Bürgerblock“ und regierte gegen die Sozialdemokratie. Immer er selbst ganz vorn. Dieser katholische Priester scheute nie und nirgends den Gegner, stellte sich jedem politischen Angriff. Er brachte wieder Ordnung in die über verrottete kleine österreichische Wehmacht, die bis dahin nur ein politischer Debattierklub gewesen war, ging rücksichtslos, ohne jede Schonung gegen den größten angehöllenen Beamtenkörper des dafür viel zu kleinen Staates vor; er, immer er, die Härten gegen den einzelnen bedauernd, aber verteidigend. Er führt wirtschaftlich politische Verhandlungen mit allen benachbarten Staaten, führt sie häufig zu erfolgreichen Ergebnissen, entwickelt eine überaus große außenpolitische Tätigkeit im Interesse seines Staates, ist der ungekrönte König von Österreich. Er allein meistert das politisch-parlamentarische Getriebe, meistert die Gegner; aber wirklich nur — er allein. Die andern, alle andern folgen in staatsmännischer Bogabung in großem Abstand.

Er ist äußerlich genommen ähnlich wie in Preußen die Person Bismarcks in den Öder Jahren der wilden unstrittene Mann war. Gewiß kan man das Attentat auf Seipel nicht mit dem eines Cohen Blind 1866 vergleichen, der ganz bewußt politische Maßnahmen Bismarcks verhindern wollte. Das wollte jener Arbeiter, der das Attentat auf Seipel verübte, gewiß nicht. Aber bei dem Vorhaben, mit „Elat“ aus dieser Welt zu flüchten, verläßt er fast wie selbstverständlich auf die Person des größten politischen Gegners, der doch in allen seinen Maßnahmen nichts anderes ist als der Mann der Lage, in die der Umsturz und der Frieden von St. Germain Deutsch-Österreich hineinwarf, und aus der er, um den Staat zu retten, alles herausholte, was herauszuholen war.

Es wäre ein großes Unglück für Österreich, wenn gerade dieser Mann den Augen des Attentäters erliegen würde.